

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 105

Neuenbürg, Donnerstag den 8. Mai 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Karlsruhe, 7. Mai. Wie verlautet, wird in der Sitzung des Badischen Landtages am heutigen Mittwoch der Tarifvertrag mit den badischen Eisenbahnern behandelt werden, dann soll das Haus auf den 26. Mai vertagt werden.

Karlsruhe, 7. Mai. In der letzten Zeit hat ein Wahnsinnsausschuss zur Einigung des Proletariats viel von sich reden gemacht. Wie der „Volksfreund“ mitteilt, handelt es sich dabei um ein Unternehmen der Unabhängigen, um Verwertung in die Reihen der sozialdemokratischen Partei zu gehen. In Rostock, wo es nur Sozialdemokraten der Mehrheit gibt, sind Vertreter dieses Aktionsausschusses erschienen, von denen sich einer als Mehrheitssozialist ausgab, später aber zugab, dass er Unabhängiger ist.

Berlin, 7. Mai. Die Anklage gegen Deutschland als den eigentlichen Urheber des Krieges ist, wie nunmehr feststeht, ausschließlich auf die unbesonnenen Eskapaden der Verantwortlichen zurückzuführen.

Berlin, 6. Mai. Generalfeldmarschall v. Hindenburg wird nach seinem Rücktritt von der Obersten Generalkommando wieder an seinen früheren Wohnsitz Hannover zurückkehren. Der Marschall erklärte, daß er nicht beabsichtigt, Memoiren zu schreiben. — Wegen den Kunststraub in Saarlouis, wo die Franzosen sich die Herausgabe von alteren Stählen usw. erzwingen, hat die deutsche Kommission in Spaa nachdrücklich Einspruch erhoben und die Herausgabe verlangt. — Die Arbeiterschaft der Rierler Reichswerke nahm gestern eine Abstimmung unter Ausschluß der Partei vor, bei der sich 6395 Stimmen für die Reichslandwirtschaft, hingegen nur 2944 Stimmen für die Reichslandwirtschaft erklärten. Infolgedessen soll jetzt wieder acht Stunden gearbeitet werden. (Wenigstens einmal ein vorläufiger Beschluß. Schriftl.). — In Posen wird heute die polnische Universität eröffnet. — Zur Schleswig-Flotte äußerte in einer Versammlung der dänische Verkehrsminister Münich, Dänemark wünsche nur Gebiete mit sich vereinigt zu sehen, deren Bevölkerung tatsächlich dänisch denkt und fühlt. Er wolle niemand durch wirtschaftliche Vorteile anlocken. — Die deutsch-österreichische Regierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der nach Schweizer Muster jedem Lande vollste Autonomie gewährt.

Hamburg, 7. Mai. Die amerikanischen Lebensmittel-Schiffe kommen jetzt in schnellerer Reihenfolge in Hamburg an und können nunmehr nach der restlosen Unterdrückung der Unruhen ihre Ladungen löschen. Gegenwärtig werden zwei amerikanische Dampfer entladen. Beide Schiffe bringen besonders amerikanisches Getreide. Neu eingelaufen und zum Teil entladen sind zwei weitere amerikanische Dampfer, vier weitere befinden sich auf See. Es sind auch noch zwei weitere Lebensmittel-Schiffe in Hamburg anvisiert, die jetzt an Bord haben.

Vom eroberten München.

München, 7. Mai. Die Zahl der bei den Kämpfen in München getöteten Personen wird auf rund 800 angegeben, einschließlich der standrechtlich Erschossenen. Bis Dienstag waren in die Leichenhallen über 400 Tote eingeliefert.

Kürnberg, 7. Mai. Der Bahnverkehr auf einzelnen Strecken nach München wurde bereits wieder in beschränktem Umfang aufgenommen.

München, 7. Mai. Die Kommunisten haben in München laut „Augsburger-Münchener Abendzeitung“ für über eine Million Mark falsche 20-Mark-Scheine gedruckt und in Umlauf gebracht.

Unter denen, die den Tod gefunden haben, befinden sich, wie nunmehr einwandfrei festgestellt ist, u. a. der Führer der roten Armee, der Student Toller, der Oberkommandant Egelhofer und der Freidenker Sontheimer. Am Montag Abend wurde die Privatsekretärin Egelhofers verhaftet, die nach einer Meldung der „8-Uhr-Abendzeitung“ bereits an den spartakistischen Aufständen in Bremen und Leipzig beteiligt war. Nach dem „Bayerischen Kurier“ wurden im Keller des Luisenpark-Gymnasiums, wo die Geiselmorde erfolgten, in einem Behälter menschliche Eingeweide, ferner Finger und Schädelteile gefunden. Es wird vermutet, daß noch mehr Geiseln ermordet und die Leichenteile entweder verscharrt oder in den Bach geworfen wurden. Untersuchung ist eingeleitet.

Feine Leute. Eine Zusammenstellung der Führer der gestrigen Münchener Kommune und ihrer persönlichen Eigenschaften ergibt eine wunderbare Charakteristik aus der man von ihnen geleiteten Bewegung. Kurz seien sie aneinander gereiht:

Dr. Lipp. Zweimal wegen Größenwahnsinns im Irrenhaus. Verriet die Revolution im November an das Große

Hauptquartier. Aus verschiedenen Redaktionen wegen Unzuverlässigkeit entfernt.

Silvio Celli aus Argentinien, finanzieller Wanderdoktor und Phantast, der überall der Lächerlichkeit verfiel. Erich Röhlfam, anarchristischer Berliner Literat, der sein ganzes Leben im Kaffeehaus verbrachte und noch nie eine Stunde gearbeitet hat. Nach Mitteilung der neuen Züricher Zeitung in Zürich wegen Diebstahls polizeilich verfolgt.

Ernst Toller, 23-jähriges Bourgeoisöhnchen, Student aus Ostpreußen, der erklärt nichts lernen zu wollen, um sich nicht seine dichterischen Visionen trüben zu lassen.

Dr. Lewin, gebürtig sibirischer Bolschewist aus Moskau, der im Jahre 1906 seine eigenen Parteigenossen dem Denter überließerte, um selbst dem Galgen zu entgehen. Pampgenie erster Klasse, Inhaber von drei Wohnungen in München, die er wechseln muß, um nicht infolge übergroßer Zuneigung der bayerischen Proletarier geliebt zu werden. In Kriegsbeginn eifriger Anwärter auf die Würde des bayerischen Ministerpräsidenten. In Italien und der Schweiz als Wähler und Umstürzler bekannt, von allen sozialistischen Vereinen ausgeschlossen.

Ausland.

Basel, 7. Mai. „Times“ melden aus Abo: Die bolschewistische Flotte bombardierte Narwa, welches von den Engländern besetzt ist. Die in der Stadt angerichteten Schäden werden auf 10 Millionen Mark beziffert. Große, von den Bolschewisten in der Stadt angehäufte Munitionslager fliegen in die Luft. Französische und britische Kriegsschiffe patrouillieren gegenwärtig im Golfe von Finnland.

Basel, 7. Mai. „Newport Sun“ meldet: Die Behörden sind großen bolschewistischen Verschwörungen auf die Spur gekommen. Etwa 100 bekannte Persönlichkeiten New Yorks und Chicagos, welche sich in irgend einer Weise in einer antibolschewistischen Tätigkeit bemerkbar machten, erhielten Postpakete, in denen sich Bomben befanden. Die Attentate konnten noch rechtzeitig von den Behörden verhindert werden. Wie weiter verlautet, erhielten Rockefeller und Morgan, sowie mehrere Minister in den letzten Tagen Drohbriefe, worin ihnen von Anarchisten mit dem Tode gedroht wurde.

Genf, 6. Mai. Staatssekretär Solf, der sich augenblicklich in Genf aufhält, erklärte dem Korrespondenten des Pariser „Intransigeant“, daß er zwar als Privatmann spreche, jedoch erklären könne, daß man Deutschland, wenn am Präsident Wilsons Programm festgehalten werden würde, seine Kolonien zurückgeben müßte. Das sichert einen dauernden Frieden und ermöglichte Deutschland, seine Schulden zu zahlen und sich wirtschaftlich wieder aufzurichten. Es gestatte ihm auch, seinen Ueberschuß an Menschen nach den Kolonien abzuleiten.

Amsterdam, 6. Mai. Dem „Telegraaf“ zufolge soll nach einem noch nicht näher bestätigten drahtlosen Bericht Petersburg von den finnischen Truppen erobert worden sein.

Amsterdam, 7. Mai. Nach einer Meldung aus Paris verhandelte gestern nachmittag die Kammer über die Interpellation der Sozialisten bezüglich der Vorfälle am 1. Mai. Man ist der allgemeinen Ansicht, daß die Position des französischen Ministeriums durch die Besprechungen gestärkt werden soll.

Paris, 5. Mai. Heute morgen wurde der erste Spatenstich zur Schleifung der Befestigungen von Paris getan.

Paris, 7. Mai. Da die Räteregierung in Ungarn nunmehr gestürzt ist, hat die Konferenz der Alliierten beschlossen, auch die ungarische Regierung nach Paris einzuladen. Am Donnerstag beginnen die Feststellungen der Friedensbedingungen für Oesterreich und Ungarn.

Die Verhandlungen in Versailles.

Rotterdam, 7. Mai. „Times“ melden am Dienstag früh: Lloyd George zeigte bereits seine Rückkehr nach England für den 20. Mai an. Das läßt den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland bis dahin als sicher erscheinen.

Versailles, 6. Mai. Gestern ereignete sich bei der deutschen Friedensdelegation der erste Zwischenfall. Zwei Beamte der Delegation wollten im Dienstantrage in Begleitung des deutschen Kuriers nach Berlin reisen. Der diensttuende Offizier forderte die Papiere und erklärte sodann die Erlaubnis des Obersten Henry als unzureichend und verbot die Abfahrt. Die deutschen Beamten protestierten dagegen, worauf der französische Offizier ihnen den Mund verbot und sie mit dem Stock bedrohte. Die deutsche Delegation hat eine Beschwerde bei der französischen Regierung eingereicht.

Rom, 7. Mai. Orlando macht seine Rückreise nach

Paris von der unabgeänderten Annahme der italienischen Forderungen abhängig.

Versailles, 6. Mai. Entgegen den gestrigen Meldungen ist eine Einigung über die Flumenfrage keineswegs hergestellt. Präsident Wilson will von seinem Standpunkt nicht abgehen, und die den Deutschen zur Verfügung des Friedensvertrages gewährte 14-tägige Frist soll zur Einigung zwischen Orlando und Wilson benutzt werden. Auch die belgisch-holländischen Grenzfragen und die Scheldfrage sollen während der 14 Tage geklärt werden. Die Entente will Holland als Kompensation für die Gebietsabtretungen an Belgien gewisse Teile der Rheinprovinz, die von Holländern bewohnt werden, zusprechen.

Paris, 7. Mai. Die Alliiertenkonferenz am Montag erteilte Marshall Hoch alle militärischen Vollmachten für den Fall, daß Deutschland den Abschluß des Friedensvertrages verweigern sollte.

Die Aufteilung der Türkei.

Rotterdam, 7. Mai. Doktor Dillon telegraphierte dem „Daily Telegraph“ aus Paris: Die Türken würden in der Hauptsache das Gebiet behalten, das von Türken bewohnt werde. Konstantinopel werden, nachdem der amerikanische Senat erneut seine Zustimmung erteilt habe, die Vereinigten Staaten als Mandatsmacht erhalten. Dasselbe gelte für einen großen Gebietsstreifen vom Golf von Alexandrette bis zur Südküste des schwarzen Meeres. Es bestehe die Absicht, auch die kurdische und armenische Republik unter das Mandat Amerikas zu stellen. Wenn der Senat zustimme, würden diese Staaten von Amerika finanziert werden. Frankreich solle das Mandat für Syrien erhalten. Es steht jedoch noch nicht fest, ob Damaskus zu diesem Gebiet gehören werde. Die Juden erhalten gleiche Rechte in Palästina, werden aber wahrscheinlich keine Republik oder politisches Gemeinwesen bilden. Griechenland soll Smirna von den Alliierten erhalten, Cypren soll jedoch in dem Vertrag nicht erwähnt werden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 7. Mai. Am Sonntag, den 4. Mai unternahm der Turnverein anlässlich des Kreisverbandestages einen halbtägigen Ausflug über Dornach, Döbel und Egachal. Trotz des zweifelhaften Wetters war Alt und Jung vertreten, 80 Personen an der Zahl. Gemeinsame, sowie von den Turnersängern und vom Kirchenchor gesungene Lieder und Marschweisen verkürzten den Weg. Fortwärt Lebhaft in Döbel (früher in Neuenbürg) wurde von den Sängern ein gelungenes Ständchen gebracht. Nach zweistündigem Aufenthalt in der Egachalmühle, wo das mitgenommene Rudersportboot verkehrt wurde, ging es durch das schöne Egachal der Heimat zu. Allenhalben wurde der Wunsch laut, bald wieder einen Ausflug zu veranstalten. Gut Heil!

Δ Herrenalb, 6. Mai. Ueber „Die Frau im Dienste der Gemeinde“ sprach am Sonntag Frau Himmelheber-Karlstrube bei einer Frauerversammlung im Saal des Hotels Rull. Die maßvollen, wohlwollenen Ausführungen kamen zu einem anderen Schlusse als die jüngst an dieser Stelle in einem Neuenbürger Bericht dargelegten Gedankengänge, weshalb wir in gedrängter Kürze den Inhalt des Vortrags hier folgen lassen. — Noch mehr als bei den Wahlen zur National- und Landesversammlung soll bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen die Frau als Wählerin und Kandidatin zur Geltung kommen, da es sich nicht um große politische Fragen handelt, sondern um Dinge des Alltags, über welche die Frauen aus Erfahrung ein Urteil haben können.

Zunächst die Hausfrau. Es sind die Fragen der Wohnung (Wasser, Licht, Heizung), der Bekleidungspläne, der Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel. Angehendlich sei es, daß in den Kommunalverbänden keine Frau zur Mitarbeit herangezogen wurde und zwar dort, wo es galt, Bestimmungen zu erlassen und Entscheidungen zu treffen. Manches wäre besser geworden, auch in der Verwaltung von Eiern, Butter und Milch, dem ureigensten Gebiet der Hausfrau. Es sei unwirtschaftlich, Lebensmittel künstlich zu verarbeiten, was Verteuerung und Arbeitskräfteverbrauch bewirke. Hamsterei und Schleichhandel gehören zwar zu den schlimmsten Erscheinungen; aber die Bestimmungen hiegegen konnten zum großen Teil nicht befolgt werden. Wo Fremdenindustrie blühen soll, da muß auch für ausreichende Zuweisung von Lebensmitteln gesorgt werden. Die Rednerin empfiehlt den Zusammenschluß aller Gaststätten.

Auch als Mutter ist die Frau an den Aufgaben der Gemeinde beteiligt. Es seien folgende Gebiete erwähnt: Kindersterblichkeit, Säuglingsfürsorge, Auffklärung auch für Eheleute, Kampf gegen Aberglauben, Schulfragen, Armen- und Waisenpflege. Im Kriegunterstützungsamt herrschte der

Anzeigenpreis:

Die einmalige Pettizelle oder deren Raum 20 J., außerhalb des Bezirks 22 J., bei Anzeigenverteilung durch die Geschäftsstelle 30 J. extra. Reklame-Zeile 50 J. Bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der in Falle des Mahnerfahrens hinfallig wird.

Schluß der Anzeigenannahme 4 Uhr vorm. Fernsprecher Nr. 4. Für telef. Aufträge wird keinerlei Gebühr übernommen.



Amkion. Die bedrängte Frau geht lieber zur Frau. Es ist demnach unbedingt notwendig, daß Frauen in das Rathaus einziehen, auch wenn sich die Männer gegen das Ungewöhnliche sträuben. Die Wittin ist es, die neben den Naturwissenschaften einen Platz wie Herkules zu dem gemacht hat, was er ist. Darum muß die Frau auch mitreden dürfen in den Angelegenheiten der Gemeinde. Sie soll nicht nur wählen, sondern auch alle Beobachtungen, Missetaten und Verbesserungsversuche an die betrieften Vertreterinnen bringen.

Deutschland war feither ein Männerstaat; Meer, Flotte und Volkswirtschaft waren seine großen Werke. Nur eines wurde vergessen: Der Mensch selbst. Staat, Handel, Industrie waren Selbstzweck, statt nur Mittel zum Zweck. Menschen zu einer höheren Kultur zu führen, ihr körperliches, geistiges und sittliches Wohl zu fördern. Die neue Zeit soll neben der Sächlichkeit der Männer auch die menschliche Eigenart der Frau mit ihrer persönlichen Empfindungswelt zur Geltung kommen lassen.

Württemberg.

Stuttgart, 6. Mai. Im Nachbarland Baden hat man sich teilweise aufgeregt, daß hier auf den Kopf der Bevölkerung 450 Gramm des so ersuchten amerikanischen Specks verteilt werden soll, dagegen in Baden nur 100 Gramm. Die badiſche Regierung erklärt jetzt eine Aufklärung dahingehend, daß in Stuttgart die 450 Gramm auf 4 Wochen verteilt würden, während in Baden die Reichsmenge von 125 Gramm auf die Woche zur Verteilung gelangt, und zwar würden zunächst die 5 größten Städte des Landes, Mannheim, Karlsruher, Freiburg, Pforzheim und Heidelberg berücksichtigt. Die Verteilung des amerikanischen Specks in Stuttgart in der mitgeteilten Menge ist nur dadurch zu erklären, daß der gesamte auf Württemberg entfallende Speck der Stadt Stuttgart zugewiesen worden ist. Auch hat man erst das Bestellverfahren eingeleitet, aber den Speck selbst auch noch nicht ausgegeben. Es liegt also in keiner Weise eine Benachteiligung der badiſchen Bevölkerung vor. (Nun werden sich hoffentlich die besorgten Gemüter beruhigen, zumal wir an dem amerikanischen Speck vorerst nicht erkranken.)

Heilbronn, 7. Mai. Gestern kam es zwischen den in einem Haus in der Kerkelstraße wohnhaften Arbeitersechsten und einem Eiferhüttenfabrikanten zu Streitigkeiten. Die Frau drang nach den Angaben des Mannes, mit einem Holzbeil auf ihn ein. Außerdem habe die Frau ihm mit Grünschießen gedroht. Bei der Abwehr sei es zu einem Ringen gekommen, wobei der Revolver losgegangen sei. Die Frau wurde so unglücklich getroffen, daß sie gleich darauf tot war. Der Arbeiter wurde verhaftet.

Heidenhausen, 7. Mai. Ein Ausflug führte die Konfirmanden von Oberjettingen nach Heidenhausen. Nach Besichtigung des Klosters brachten die Kinder, wie die Tübinger Chronik berichtet, unserem ehemaligen Königssohn einen Sangespruch. Sichlich erfreut dankte der hohe Herr mit seiner Gemahlin nach einer Begrüßungsansprache des begleitenden Lehrers für die kleine Huldbildung und unterhielt sich längere Zeit aufs freundlichste mit dem Lehrer und mit den Kindern.

Dettenhausen im Schönbuch, 7. Mai. Der Tübinger Oberkommandant fand bei dem Wilddieb Schloffer Perleband eine große Anzahl wertvoller Perlen, Kleider, Wälder und anderer Sachen, die von Diebstählen in Heidenhausen und der Jagdbrütte des Königs herrühren. Preisendanz hält sich noch im Walde versteckt, doch dürfte man seiner bald habhaft werden.

Kusterdingen D.M. Tübinger, 7. Mai. Ein Sohn unseres Ortes, der bei der Abteilung Haas stehende Flugzeugführer Diebold, wollte zu kurzem Besuche hier. Bei einem Ausflugsflug über München war er in eine gut sitzende M.G. Garbe geraten, doch gelang es ihm, unversehrt den schwer getroffenen Apparat an den Landungsplatz zurückzubringen. Er wurde in die Heimat geschickt, um vom Böhlinger Flugzeugpark ein neues Flugzeug zu holen, mit dem er nach München zurückflieg.

Wasseraffingen, 6. Mai. Als Wirkung des Streiks steht seit drei Wochen das staatliche Holzwerk still und der Hochofen ist ausgebrannt, weil keine Kohlen mehr da sind. Wenn der Ofen wieder angeblasen werden soll, so wird dies drei Wochen in Anspruch nehmen.

Ravenburg, 7. Mai. In der vergangenen Nacht hat sich der Raubmörder Kolischewski, der an dem vor kurzem verübten Raubmord Bettsch beteiligt war, im Untersuchungsgefängnis erhängt.

Rom Oberland, 7. Mai. Zwei Bürger eines Ortes, die bisher auf allerbestem Fuß miteinander lebten, bekamen plötzlich Streit, weil der alte Müller Fuchs aus dem Gemeinderat der Nachbarin, des Kaisers sittsamen Gattin, Platz machen sollte. Keiner gab nach. Da geschah es, daß der Müller Fuchs an seiner Haustüre angeschrieben fand:

Fuchs, hast Frucht jetzt genug gestohlen, Gib sie wieder her, Sonst wird dich der (Land) Jäger holen Mit dem Schießgewehr.
Aber anderen Tags war dem Kaiser folgendes an den Fensterrahmen geschrieben:

Liebe Rätin, laß Dir sagen, sei doch nicht so lieb, Gemeinderätin wirst Du doch so wenig als ein Dieb; Denn wer Räs und Putzer stiehlt, gar so unverschämten, Den wird sicher eines Tages auch der Jäger holen.
Jetzt ist auf einmal Ruhe in allen Wäldern. Nur die Bewohner des Restes und darüber hinaus lachen herzlich, und auch der Landjäger soll mitlachen; denn er ist ein gar guter Mann, mit dem es sich haufen läßt. Und so soll es auch sein.

Baden.

Waldbuch, 7. Mai. Eine in den letzten Tagen gemachte Umfrage hat dem „Ab-Voten“ zufolge ergeben,

daß von der Einwohnern der Gemeinde Zerstetten der weit überwiegende Teil den Anschluß an die Schweiz nicht wünscht. **Nensay (S. Bahl), 7. Mai.** Am Samstag wurde der Turm der hiesigen Kirche von Pionieren gesprengt, da die Kirche für unser Dorf zu klein wurde und einem Neubau weichen muß.

Vöhringen (Kinzigtal), 6. Mai. Auf der hiesigen Station wurde ein Eisenbahnwagen beschlagnahmt, der Rischwasser, Speck, Honig und Apfelwein enthielt. Die Sendung, die aus Oberarmersbach stammte, war zu hohen Preisen zusammengepackt worden und für Daffelbrot bestimmt. — Ein 48 Jahre alter Familienvater, der mit seiner Frau und seinen fünf Kindern aus dem Elend ausgewiesen wurde, hat sich aus Verzweiflung über sein Schicksal erhängt.

Mannheim, 6. Mai. Der Mörder Bernzoff hat die Tat aus Geldnot begangen. Er hatte Geld, das ihm anvertraut war, bei einem Langränken für sich verwendet und deckte mit dem geraubten Geld die Schuld. Er trat immer elegant auf und zeigte sich stets als Kavaliere, wozu ihm aber das nötige Geld fehlte und er beständig in der Geldklemme war. Mit seinen Angehörigen lebte er auf gepanzerten Füßen. Den Mord hat er nicht im Keller, sondern in der Küche verübt und dann die Leiche in den Keller geschleppt.

Vermischtes.

Strasburg einst und jetzt. Unter deutscher Verwaltung hat Strasburg einen gewaltigen Aufschwung genommen. Aus einer schmuggeligen Festungsstadt mit allen Häusern wurde eine neuzeitlich eingerichtete Landeshauptstadt mit zahllosen neuen Straßen, Häusern und Anlagen. Jetzt nachdem die Franzosen erst seit wenigen Monaten die Gewalt über die Stadt wieder haben, zeigen sich bereits Nachteile. Eine der letzten Nummern der „Straßb. Neuen Zig.“ veröffentlicht eine Uebersicht der gegenwärtig dort leertehenden Wohnungen. Danach sind zum sofortigen Bezug ausgeschrieben 40 Wohnungen mit einem Zimmer, 80 mit 2 Zimmern, 160 mit 3 Zimmern, 220 mit 4 Zimmern, 150 mit 5 Zimmern, 90 mit 6 Zimmern, 40 mit 7 Zimmern, 40 mit mehr als 7 Zimmern, außerdem 20 Villen und zahllose möblierte Zimmer. Während also in allen Städten Deutschlands eine wirkliche Wohnungsnot herrscht, sind dort mehr als 800 leertehende Wohnungen ausgeschrieben, wobei außerdem anzunehmen ist, daß die Zahl der freien Wohnungen in Westdeutschland noch höher sein dürfte. Am 1. April hatten in Strasburg bereits über 2000 Mi-Eisfässer die Reise-Erlaubnis nach Deutschland beantragt und viele Tausende werden noch folgen. Strasburg und Umgebung werden also nicht nur frei von Alenteutschen, sondern auch von vielen deutschgesinnten Mi-Eisfässern.

Eine heitere Geschichte spielte sich dieser Tage auf dem Bahnhof Wengerober bei Mainz ab. Auf dem Bahnsteig befand sich unter anderen Fahrgästen ein Mann, der ein großes Olenrohr unter dem Arm trug. Vor Abgang des Zuges erschienen einige Gendarmen, um das Gepäck der Reisenden zu kontrollieren. Die Beamten nahmen dem Mann das Rohr ab und warfen einen Blick in das Innere, und siehe da, schdn verpackt befanden sich in dem eigentümlichen Transportmittel — etwa 25 Pfund Butter.

Die Welttour. Nach einer in ausländischen Handelsblättern veröffentlichten Statistik ist Australien das Land, das in der allgemeinen Preissteigerung der Lebensmittel am günstigsten abscheidet. Die Preise sind dort nur um 30% gestiegen. Dann kommen in der Reihenfolge die Vereinigten Staaten mit 65%. In Europa steht am günstigsten Holland mit 70%, dann folgen Dänemark mit 80%, die Schweiz mit 100%, Frankreich und England mit 104%, Spanien und Portugal mit 122%, Schweden mit 185%, Deutschland, Belgien, Norwegen und Ungarn mit 150-200%, Österreich, Finnland und Rußland sind noch darüber.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 7. Mai. Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen teilt mit: Die Beschränkungen des Güter- und Güterzugverkehrs in Württemberg sind mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden.

Stuttgart, 7. Mai. Vergangene Nacht hat wiederum ein nächtlicher Anschlag auf eine die Ronde in der Villa Berg machende Patrouille stattgefunden. Die Angreifer verletzten die Patrouille durch Besen mit Handgranaten zu überwältigen. Aber auch diesmal ist der Anschlag nicht geglückt.

München, 7. Mai. Die Erbitterung über den Besselmord, sowie über den heimtückischen Widerstand der Spartakisten haben zu einem verabscheuenswürdigem Verbrechen geführt. Am Abend des 6. Mai fand, entgegen den bestehenden Anordnungen aber das Versammlungsverbot, eine Versammlung von ca. 30 Personen im Norden der Stadt statt. Die Versammlung wurde durch Streikposten aufgeboten, die Bewaffneten inhaftiert und in das Gefängnis am Rosenfelderplatz geführt. In diesem drang gegen 9 Uhr abends eine Truppe bewaffneter bayerischer Soldaten ein. Es kam zu einer Schießerei, bei der diese bayerischen Soldaten im Glauben, Spartakisten vor sich zu haben, 21 Personen töteten. Die Schuldigen wurden verhaftet. Die kriegsgerichtliche Untersuchung ist im Gange und liegt in der Hand der 2. Gardebrigade.

Paris, 7. Mai. Der französische Botschafter in Rom unterbreitete einen Vorschlag, wonach Fiume von Italien als Mandatarnacht des Völkerbundes bis zum Jahre 1925 verwaltet werden soll. Bis dahin werde der einige Meilen davon entfernte Hafen für die Jugoslawen fertig gestellt sein, und dann würde Fiume an Italien kommen. Italien hat sich bereit erklärt, auf dieser Grundlage die Beratungen wieder aufzunehmen.

Württembergische Landesversammlung.

Stuttgart, 7. Mai. Bei der Fortsetzung der Beratung

über einen Nachtrag, der für Eisenbahnbauten und Reparaturen für Eisenbahnangehörige 60 Millionen RM anforderte, hatten, wie alljährlich, verschiedene Redner des Parlamentes Gelegenheit, ihre Eisenbahnwünsche der Regierung vorzutragen. Auch dieses Jahr wurde von dieser Gelegenheit ergiebig Gebrauch gemacht. Im Anschluß war allerdings vor den sog. Ruinenbauten gewarnt worden, die infolge der übermäßigen Kosten der Baumaterialien wie des Mangels an Rohstoffen entstehen können. Aus einer tatkraftigen Berücksichtigung des schwer darniederliegenden Handwerks der Bergbauern, der in Frage kommenden Arbeiten wurde das Wort geredet. Staatsrat von Stieler konnte den Ausschick stellen, daß trotz der großen Schwierigkeiten die Bauten möglichst rasch in Angriff genommen werden; der Unterstaatssekretär Ditzler gab ebenfalls entgegenkommende Erklärungen ab, worauf die Vorlage einstimmig angenommen fand. Eine Debatte, die aber nicht immer die Aufmerksamkeit des Hauses fand, entspann sich bei der Besprechung der Anfrage des Abg. Herrmann an den Arbeitsminister wegen der Verwertung der Gerbrände im Jahre 1919; die Anfrage gründete sich auf eine Bekanntmachung des Arbeitsministeriums und veranlaßte den Fragesteller zu dem Vorschlag, die keinen Waldbesitzer mehr zu berücksichtigen. Bei der zurückgestellten Besprechung einer Anfrage der Abg. Weiland und Gen. (D.D.B.) an die Regierung wegen der russischen Gefangenen in Ulm mußte der Kriegsminister nochmals Rede und Antwort stehen. Seine Ausführungen beschränkten sich auf die Betonung einer starken Ueberwachung der Gefangenen. Die Frau Zeitlin (U.S.P.) hat die von der Regierung angeordnete Schließung der Spartaal-Druckerei in Degerloch anlässlich des Generalstreiks nicht überwinden können. Sie wurde aber von Staatspräsident Biss gründlich und geschickt abgefertigt, der diese Maßnahme mit Recht auf Notwehr zurückführte, weil die Bevölkerung es nicht länger mehr ertragen konnte, von einer blutdürstigen Minderheit terrorisiert zu werden, weil die bolschewistische Welle von Bayern nicht nach Schwabenland überfluten durfte. Er fand mit einem Ausfüren des ganzen Hauses mit Ausnahme der Antragsteller.

Die Uebergabe des Friedensvertrages.

Verailles, 7. Mai. Punkt 3 Uhr begaben sich die deutschen Delegierten mit ihren Sekretären vom Hotel des Reservoirs nach dem Cranon-Palasthotel. Im 1. Wagen befanden sich Oberst Henry, der Chef der französischen Militärmission und Legationsrat Freiherr von Leroux, im 2. Wagen die Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau und Landsberg, im 3. Wagen der Reichsminister Giesbert und Präsident Leinert, im 4. Wagen Professor Schüding, Belgien und Gesandter Daniel und im 5. Wagen die Ministerialdirektoren Simons, von Stöckhammern und Legationsrat Adolfer. Die kurze Fahrt wurde ohne jeden Zwischenfall zurückgelegt. Im Cranonhotel erwartete großer Beifall die deutsche Delegation und geleitete die Herren nach dem großen Saal des Hotels, wo sämtliche Mitglieder des Kongresses der assoziierten Regierungen, an ihrer Spitze Ministerpräsident Clemenceau, zu seiner Rechten Wilson und links Lloyd George, sich beim Eintritt der deutschen Delegierten erhoben. Unter den Teilnehmern der Sitzung befanden sich außer Marschall Foch nur wenige Offiziere, die dienstlich mit der Veranstaltung im Zusammenhang standen, darunter auch der Chef der Militärmission, Oberst Henry, dem die Wundkontrolle in Versailles obliegt. Die Anknüpfung, daß auch Damen zugelassen werden würden, erfüllte sich nicht, hingegen waren alle politischen Berkschmheiten der alliierten und assoziierten Staaten zur Stelle. Graf Brockdorff-Rantzau nahm mit den übrigen Herren an einem Tische in der Saalmitte Platz, dahinter die Sekretäre. Wenige Minuten nach 3 Uhr ertönte Clemenceaus die bewundernde Verammlung mit einer kurzen Erklärung, in der er hervorhob, die Zeit zur Regelung der durch den so grausam aufgezwungenen Krieg entschiedenen Abrechnung sei gekommen. Sie verlangten den Frieden. Wir sind bereit, ihn zu gewähren. Das Buch, das Ihnen überreicht wird, enthält seine Bedingungen. Wir werden Ihnen die nötige Zeit lassen, wie dies die internationale Höflichkeit gebietet, um sie zu prüfen. Wir werden aber für die notwendigen Vorkehrungen und Sicherungen sorgen, damit auf diesem zweiten Versailles Frieden, der einen so furchtbaren Krieg abschließt, kein weiterer Krieg folgt. Darauf gab Clemenceau den Inhalt der Fragen bekannt, aber die von den deutschen Delegierten innerhalb 14 Tagen ein schriftliche Antwort gegeben werden soll. Ergehe von deutscher Seite schon früher Bescheid, so werde auch die Entente eine schnelle Gegenantwort erteilen, um binnen einer weiteren noch zu bestimmenden Frist die endgültige schriftliche Entschließung von deutscher Seite zu erwarten. Inzwischen überreichte der Generalsekretär des Friedenskongresses der alliierten und assoziierten Mächte, Dutasta, dem Grafen Brockdorff ein Buch mit dem Entwurf der von der Entente vorgeschlagenen Präliminarien. Nachdem der Dolmetscher in englischer und deutscher Sprache die Erklärung Clemenceaus der ganzen Versammlung zur Kenntnis gebracht hatte, erhob sich Clemenceau zu der Anfrage, ob jemand eine Bemerkung zu machen wünsche. Hierauf gab Graf Brockdorff zu erkennen, daß er das Wort wünsche und verlas sodann stehend eine längere Erklärung in deutscher Sprache, wobei die einzelnen Sätze von den Dolmetschern Justizrat Johauer und Dr. Michaelis ins Französische und Englische überetzt wurden. Der Vortrag des Grafen Brockdorff war sehr ruhig. Stellenweise erhob der Reichsminister merklich seine Stimme. Die Versammlung folgte seiner Rede mit größtem Interesse. Nach Beendigung der Erklärung stellte Clemenceau nochmals die Frage, ob weitere Bemerkungen gewünscht würden. Darauf schloß er die Sitzung. Sie dauerte von 3 Uhr 5 Minuten bis 3 50 Uhr. Die deutschen Delegierten kehrten sofort nach dem Hotel des Reservoirs zurück, wo Graf Brockdorff der ganzen deutschen Delegation einen eingehenden Bericht über den Verlauf der Sitzung erstattete.

Inhaltsangabe des Friedensvertrags.

Berlin, 7. Mai. Der Friedensvertrag zerfällt nach Reuter in 15 Abschnitte. Der erste enthält den Völkerbundsvertrag. Der zweite beschreibt die Grenzen Deutschlands. Der dritte verpflichtet Deutschland, die durch den Frieden in Europa hergestellten politischen Veränderungen anzuerkennen, errichtet die Tschecho-Slowakei und Polen, revidiert die Grundlagen der belgischen Souveränität und ändert die Grenzen Belgiens, errichtet neue Regierungssysteme in Dänemark und im Saarbecken, gibt Elsaß-Lothringen an Frankreich zurück, stellt die Grundzüge für die Regelung der schleswigischen Frage auf und verpflichtet Deutschland, die Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs anzuerkennen.

Der vierte Abschnitt enthält einen allgemeinen Verzicht Deutschlands auf seine ausländischen Besitzungen und Rechte, stellt die internationale Anerkennung des britischen Protektorats in Ägypten fest und annulliert die Algecirasakte. Der fünfte beschränkt den Umfang der deutschen Armee und Flotte und schafft die Dienstpflicht in Deutschland ab als ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung. Der sechste regelt die Rückkehr der Kriegsgefangenen. Der siebente handelt von den Verantwortlichkeiten und der Bestrafung und sieht ein gerichtliches Verfahren gegen Kaiser Wilhelm vor.

Der achte handelt von der Schadensergütung und Wiedergutmachung und enthält besondere Verfügungen über die Rückgabe der Trophäen aus früheren Kriegen. Der neunte enthält finanzielle Ausführungsbestimmungen. Der zehnte enthält die wirtschaftlichen Bestimmungen und sieht in nichtpolitischen internationalen Verträge und Konventionen wieder in Kraft.

Der elfte befaßt sich mit der Luftschifffahrt. Der zwölfte regelt die internationale Kontrolle von Häfen, Flüssen und Eisenbahnen, mit besonderen Verfügungen für den Rieker Kanal.

Der dreizehnte enthält das Arbeitsabkommen. Der vierzehnte bestimmt die Garantien für die Durchführung, nämlich die Fortdauer der militärischen Besetzung deutschen Gebietes. Der fünfzehnte bringt noch eine Reihe von Klauseln über die Anerkennung anderer, in der Folge abzuschließender Verträge, die Bestätigung der preisgerichtlichen Entscheidungen um.

Berlin, 7. Mai. Der von Reuter veröffentlichte Auszug aus den Friedensbedingungen enthält u. a. folgende Anordnungen: Deutschland tritt an Polen den größeren Teil von Ostpreußen, Posen und die Provinz Westpreußen auf dem linken Weichselufer ab. Die südliche und östliche Grenze Ostpreußens gegenüber Polen wird durch Volksabstimmungen bestimmt. Danzig wird mit seiner unmittelbaren Umgebung freigestellt. Belgien erhält das strittige Gebiet von Moresnet und einen Teil von Preussisch-Moresnet. Deutschland verzichtet auch auf alle Rechte über Eupen und Malmedy, deren Einwohner das Recht haben sollen, binnen 6 Monaten gegen diese Abänderung im ganzen oder teilweise zu protestieren, wozu der Völkerbund endgültig entscheidet. In einer 20 Kilometer breiten Zone östlich des Rheines darf Deutschland keine Befestigungen oder Streitkräfte haben. Das Saarbecken, auf das sich die bereits bekannte Regelung bezieht, umfaßt sich von der Grenze Lothringens nach Norden bis St. Wendel, schließt im Westen das Saargebiet bis Saarbrücken und im Osten die Stadt Hamm ab. Die Volksabstimmungen im Osten sollen stattfinden im Regierungsbezirk Allenstein, zugleich der Kreis Angerburg und Ostpr., ferner in einem Teile Westpreußens, bestehend aus den Kreisen Stahm und Rosenberg, sowie aus Teilen der Kreise Marienburg und Marienwerder. Ostpreußen soll seinen Zugang zur Weichsel und die volle Benutzung des Starnes erhalten. Die nordöstliche Ecke von Ostpreußen soll an die assoziierten Mächte abgetreten werden. Von der schleswigischen Regierung wird die Auslieferung Kaiser Wilhelms verlangt. Grundfänglich soll Deutschland zur Vergütung aller Schäden, die durch den Krieg entstanden sind, verpflichtet sein, soll aber jedenfalls die Vergütung aller den Zivilpersonen zugefügten Schäden übernehmen. Die Gesamtsumme der Schadensergütung wird spätestens bis Mai 1921 festgesetzt. Innerhalb der nächsten 2 Jahre soll Deutschland 20 Milliarden in Gold, Waren, Schiffen oder dergleichen bezahlen. Bezüglich der Handelschiffe soll Deutschland die Ersatzpflicht Tonne für Tonne und Klasse für Klasse anerkennen und den Alliierten alle deutschen Handelschiffe von 1600 Tonnen und darüber, die Hälfte seiner Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen und ein Viertel seiner Fischdampfer und anderer Fischereifahrzeuge ausliefern, sowie auf Rechnung der Alliierten während der nächsten 5 Jahre jährlich Handelschiffe von 200.000 Tonnen bauen. Zur Sicherung der Durchführung des Friedensvertrages soll das deutsche Gebiet westlich des Rheines und der Südküste 15 Jahre lang besetzt bleiben. Bei getreuer Ausführung der Bedingungen sollen bestimmte Gebiete, darunter auch der Brückenkopf von Köln nach 5 Jahren geteilt werden, andere Gebiete, darunter der Brückenkopf von Koblenz, nach 10 Jahren, andere, darunter der von Mainz nach 15 Jahren. Bei früherer Erfüllung sämtlicher Friedensbedingungen werden die Besatzungsheere sofort zurückgenommen.

Die Ansprache Graf Brodorski-Manhau.

Versailles, 8. Mai. Die Ansprache des Reichsministers Grafen Brodorski-Manhau hatte folgenden Wortlaut:

Meine Herren!
Wir sind tiefdurchdrungen von der erhabenen Aufgabe, die uns mit Ihnen zusammengeführt hat, der Welt einen dauernden Frieden zu geben.

Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grund unserer Ohnmacht. Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen die Wucht des Hasses, der uns hier entgegentritt, und wir haben die leidenschaftliche Forderung gehört, daß die Sieger uns zugleich als Ueberwundene zählen lassen und als Schuldige bestrafen wollen.

Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein

Schuldigen am Kriege bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkriege kam und daß er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen. Die Haltung der früheren deutschen Regierung auf der Haager Friedenskonferenz, ihre Handlungen und Unterlassungen in den tragischen 12 Julitagen mögen zu dem Unheil beigetragen haben, aber wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist. Keiner von uns wird behaupten wollen, daß das Unheil seinen Lauf erst in dem Augenblick begann, als der Thronfolger Oesterreich-Ungarns den Niederlanden zum Opfer fiel. In den letzten 50 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die Politik der Vergeltung, der Expansion und der Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat zu der Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkriege ihre Krise erlebte. Die russische Mobilisierung nahm den Staatsmännern die Möglichkeit der Heilung und gab die Entscheidung in die Hände der militärischen Gewalten.

Die öffentliche Meinung in allen Ländern unserer Gegner hält wider von den Verbrechen, die Deutschland im Kriege begangen hat. Auch hier sind wir bereit, getanes Unrecht einzugehen. Wir sind nicht hierher gekommen, um die Verantwortlichkeit der Männer, die den Krieg politisch und militärisch geführt haben, zu verkleinern, und begangene Frevel wider das Völkerrecht abzulagern. Wir wiederholen die Erklärung, die bei Beginn des Krieges im deutschen Reichstag abgegeben wurde: Belgien ist Unrecht geschehen, und wir wollen es wieder gut machen.

Aber auch in der Art der Kriegsführung hat Deutschland nicht allein gefehlt. Jede europäische Nation kennt Taten und Verbrechen, deren sich die besten Volksgenossen ungenug erinneren. Ich will nicht Vorwürfe mit Vorwürfen erwidern, aber wenn man gerade von uns Buße verlangt, so darf man den Woffenstillstand nicht vergessen. Sechs Wochen dauerte es, bis wir ihn erhielten; sechs Monate bis wir Ihre Friedensbedingungen erfuhren.

Verbrechen im Kriege mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschehen im Augenblick des Sieges, in der Sorge um das nationale Dasein, in einer Leidenschaft, die das Gewissen der Völker stumpf macht. Die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. Nov. 1918 an der Fronten zu Grunde gingen, wurden mit stiller Wehrtragung gelidet, nachdem für unsere Gegner der Sieg errungen und verkündet war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen!

Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Hauptpersonen der Tragödie zu Wort kommen, der alle Archive geöffnet werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert, und wir wiederholen die Forderung. Bei dieser Konferenz, wo wir allein ohne Bundesgenossen der großen Zahl unserer Gegner gegenüberstehen, sind wir nicht schuldig. Sie selbst haben uns einen Bundesgenossen zugeführt: das Recht, das uns durch den Vertrag über die Friedensarrangements gewährleistet werden soll. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in der Zeit zwischen dem 5. Okt. und dem 5. Nov. 1918 auf den Nachfrieden verzichtet und den Frieden der Gerechtigkeit auf ihr Papier geschrieben. Am 5. Okt. 1918 hat die deutsche Regierung die Grundzüge des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika als Friedensbasis vorgeschlagen. Am 5. Nov. hat der Staatskanzler Lansing erklärt, daß die alliierten und assoziierten Mächte mit dieser Basis unter zwei bestimmten Abweichungen einverstanden seien. Die Grundzüge des Präsidenten Wilson sind also für beide Kriegsparteien, für Sie wie für uns und auch für unsere früheren Bundesgenossen, bindend geworden.

Die einzelnen Grundzüge fordern von uns schwere nationale und wirtschaftliche Opfer, aber die heiligen Grundrechte aller Völker sind durch diesen Vertrag geschützt. Das Gewissen der Welt steht hinter ihm. Keine Nation wird sie angegriffen dürfen.

Es werden uns bereit finden, auf dieser Grundlage den Vorfrieden, den Sie uns vorlegen, mit der festen Absicht zu prüfen, in gemeinsamer Arbeit mit Ihnen Festes wieder aufzubauen, geschwunden Unrecht, in erster Linie das Unrecht an Belgien, wieder gutzumachen und der Menschheit neue Ziele, politischen und sozialen Fortschritt, zu zeigen. Bei der verwirklichten Fülle von Problemen, die der gemeinsame Zweck aufweist, sollten sich möglichst bald die einzelnen großen Aufgaben durch besondere Kommissionen von Sachverständigen auf der Grundlage des von Ihnen vorgelegten Entwurfs erledigen lassen. Dabei wird es unsere Hauptaufgabe sein, die verwaltete Menschheit der beteiligten Völker durch einen internationalen Schatz von Leben, Gesundheit und Freiheit der arbeitenden Massen wieder aufzurichten.

Als erstes Ziel betrachte ich den Wiederaufbau der von uns besetzten und durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Die Verpflichtung hierzu haben wir feierlich übernommen, und wie sich entschlossen, sie in dem Umfang auszuführen, der zwischen uns vereinbart ist. Dabei sind wir auf die Mitwirkung unserer bisherigen Gegner angewiesen. Wir können das Werk nicht ohne die technische und finanzielle Beteiligung der Sieger vollenden. Sie können es nur mit uns durchführen. Das verarmte Europa muß wünschen, daß der Wiederaufbau mit so großem Erfolg und so wenig Aufwand wie möglich durchgeführt wird. Der Wunsch kann nur durch eine klare und gemeinschaftliche Verständigung über die besten Methoden erfüllt werden. Die schlechteste Methode wäre, die Arbeiten durch deutsche Kriegsgefangene besorgen zu lassen. Gewiß, diese Arbeit ist billig, aber sie läme der Welt teuer zu stehen, wenn Haß und Verwerfung das deutsche Volk darüber ergreifen würde, daß seine gefangenen Söhne, Brüder und Väter über den Vorfrieden hinaus in der bisherigen Form weiter schmachten.

Ohne eine sofortige Lösung dieser allzulange verschleppten Frage können wir nicht zu einem dauernden Frieden gelangen.

Unsere beiderseitigen Sachverständigen werden zu prüfen haben, wie das deutsche Volk seiner finanziellen Entschädigungspflicht Genüge leisten kann, ohne unter der schweren Last zusammenzubrechen. Ein Zusammenbruch würde die Erfahrberechtigten um die Vorteile bringen, auf die sie Anspruch haben, und eine unhaltbare Verwirrung des ganzen europäischen Wirtschaftslebens nach sich ziehen. Wegen dieser drohenden Gefahr mit ihren unabsehbaren Folgen müssen Sieger wie Besiegte auf der Hut sein. Es gibt nur ein Mittel, um sie zu bannen: Das rückhaltlose Bekenntnis zu der wirtschaftlichen und sozialen Solidarität der Völker zu einem freien und umfassenden Völkerbund.

Meine Herren! Der erhabene Gedanke, aus dem furchtbaren Unheil der Weltgeschichte durch den Völkerbund den größten Fortschritt der Menschheitsentwicklung herzuleiten, ist ausgesprochen und wird sich durchsetzen. Nur wenn sich die Tore zum Völkerbund allen Nationen öffnen, die guten Willens sind, wird das Ziel erreicht werden. Nur dann sind die Toten dieses Krieges nicht umsonst gestorben.

Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit seinem schweren Los abzufinden, wenn an den vereinbarten Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Frieden, der nicht im Namen des Rechts vor der Welt verteidigt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich aufufen. Niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen, denn er wäre unersättlich. Niemand könnte für seine Ausführung die Gewähr, die in der Unterschrift liegen soll, übernehmen.

Wir werden das uns übergebene Dokument mit gutem Willen und in der Hoffnung prüfen, daß das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen gezeichnet werden kann.

Die völlige Wehrlosmachung Deutschlands.

Amsterdam, 7. Mai. Der „Telegraaf“ meldet aus London vom 6. Mai: Die Times wird morgen ungefähr zehn Spalten von einer Zusammenfassung der wichtigsten Friedensbedingungen, die den deutschen Delegierten vorgelegt werden sollen, veröffentlichen. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Die deutschen Landstreitkräfte müssen binnen zwei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrags auf nicht mehr als 70.000 Mann Infanterie und 30.000 Mann Kavallerie eingeschränkt sein. Die Gesamtzahl der Offiziere darf nicht mehr als 4.000 betragen. Es wird nur freiwilliger Wehrdienst gestattet werden. Auch die deutschen Stützungen sollen auf das Nötigste eingeschränkt werden. Alle Befestigungen 50 Meilen östlich des Rheins werden abgeräumt werden. Die deutschen Seekriegskräfte dürfen zwei Monate nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages keine Unterseeboote erhalten und werden dann noch aus 6 Schlachtschiffen, 6 leichten Kreuzern, 12 Torpedokreuzern und 12 Torpedobooten bestehen. Alle anderen Kriegsschiffe müssen entweder in die Reserve versetzt oder als Handelsschiffe umgebaut werden. Die Besatzungen dürfen nicht mehr als zusammen 15.000 Mann, darunter 1.500 Offiziere und Deckoffiziere, stellen. Alle militärischen und maritimen Anlagen auf Helgoland müssen geschleift werden. Der Rieker Kanal muß den Handelsschiffen aller Länder, die mit Deutschland im Frieden leben, auf der Basis vollständiger Gleichheit offenstehen. Es soll Deutschland gestattet werden, bis zum 1. Oktober eine Höchstzahl von 100 Wasserflugzeugen zum Auffahren von Minen zu haben. Nach diesem Datum darf Deutschland keine militärischen oder maritimen Luftfahrzeuge behalten und innerhalb eines Abstandes von 150 Kilometern von der deutschen Grenze auch keine Flugzeuge lagern. In diese Zone fallende Flugplätze müssen abgebrochen und der Boden muß umgepflügt werden. Die Alliierten beschuldigen den früheren Kaiser offen nicht eines Vergehens gegen die Strafgesetze, sondern der ernstesten Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge. Es wird ein besonderer Gerichtshof eingesetzt werden, um gegen ihn zu verfahren. Die Personen, die der Verletzung von Kriegsgesetzen und Kriegsgesetzen beschuldigt werden, werden vor einen alliierten Gerichtshof gebracht werden. Bis zur vollständigen Feststellung der Forderungen der Alliierten muß Deutschland eine Milliarde Pfd. Sterling bezahlen. Ferner muß Deutschland für jeden Schaden, der Zivilpersonen der Alliierten oder deren Eigentum zugefügt wurde, Vergütungen bezahlen. Elsaß-Lothringen muß an Frankreich zurückgegeben werden, das auch das Kohlenbecken im Saartale erhalten wird. Die Verwaltung des Saarbezirks wird von einer vom Völkerbund ernannten, aus 5 Personen bestehenden Kommission ausgeübt. Nach 15 Jahren wird die Bevölkerung entscheiden, ob sie vom Völkerbund, von Frankreich oder von Deutschland regiert zu werden wünscht. Wenn Deutschland gewählt wird, wird es die Kohlenbergwerke zu einem noch näher zu vereinbarendem Preise von Frankreich kaufen müssen. Polen wird einen Durchgangsweg erhalten, der bis nach Danzig läuft. Diese Stadt wird zu einer freien Stadt gemacht. In Schleswig wird eine Volksabstimmung abgehalten werden. Von Deutschland soll gefordert werden, daß es zu Gunsten der fünf alliierten und assoziierten Mächte auf alle Rechte und Titel, die es bezüglich seiner überseeischen Besitzungen hat, verzichtet. Die meisten dieser Besitzungen werden kraft eines Mandats des Völkerbundes von einer der großen kolonialen Mächte verwalten. Deutschland verzichtet auf alle Rechte, die aus der Algecirasakte von 1912 und aus den deutsch-französischen Verträgen von 1900 und 1911 sich ergeben. 15 deutsche Kabel werden den Regierungen der Alliierten und Assoziierten zur Verfügung gestellt.

Briefkasten der Schriftleitung.

Anonymous Einsender in Oberhausen. Der Aufnahme im Inseratenteil steht nichts im Wege, wenn Sie uns streng vertraulich Ihren Namen nennen. Einsendungen ohne Namensunterchrift bleiben grundsätzlich unberücksichtigt. Ihren Namen erfährt außer der Schriftleitung niemand.



Bekanntmachung des Arbeitsministeriums (Staatskommissars für die Demobilisation), betr. Uebersetzungszuschüsse zu öffentlichen Hilfsarbeiten.
Vom 28. April 1919.

Ein Sonderfall gibt Veranlassung, besonders darauf hinzuweisen, daß bei Gewährung von Uebersetzungszuschüssen nach den erlassenen Bestimmungen (Bef. des Arbeitsministeriums vom 25. Februar 1919, Staatsanz. Nr. 48 von 1919) lediglich die Kosten für auszuführende Bauarbeiten, einschließlich Materiallieferung, jedoch nicht für Grunderwerb, berücksichtigt werden dürfen. Die Ausgaben für Grunderwerb sind sowohl bei der Berechnung der ordentlichen Kosten als bei Berechnung der Uebersetzungszuschüsse (Z. 3 der Verfügung vom 25. Febr. 1919) auszuschließen.

Stuttgart, den 30. April 1919.

Der Arbeitsminister:
Schilde.

Württ. Staatsforstverwaltung.

Fordhen-Stammholz-Verkauf
im mündlichen Aufstreich.

Aus den Forstbezirken Altensteig, Dankoltweiler, Enz-Altsteig, Freudenstadt, Herrenalb, Hirsau, Hoffstett, Hohenheim, Hohenheim, Klosterreichenbach, Maulbronn, Neuenwangen, Ochsenhausen, Ravensburg, Niedlingen, Rosenfeld, Schorndorf, Schrozheim, Epwachingen, Stuttgart, Waldenbuch, Wangen, Weingarten, Wiernsdorf und Wildbad kommen am **Stenstag, den 13. Mai 1919, vorm. 10 Uhr,** im Gebäude der Forstdirektion, Stuttgart, Militärstraße 15, 4. Stock, im mündlichen Aufstreich zum Verkauf:
1918 I Stämme mit Fm. Langholz: 3270 L., 8142 II., 6937 III., 1929 IV., 410 V., 10 VI. Klasse.
Sägholz: 497 L., 625 II., 128 III. Klasse.
Lobverzeichnis von der Forstdirektion G. F. D., Stuttgart.

Bekanntmachung, betreffend die Auflegung der Wählerliste zur Gemeinderatswahl.

I. Tag der Wahl.

Die Gemeinderatswahl ist durch Beschluß des Gemeinderats auf **Sonntag, den 25. Mai 1. J.,** vormittags von 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr anberaumt.

II. Beschluß des Rechts zur Teilnahme an dieser Wahl und der Wahlbarkeit gelten folgende Bestimmungen:

a) Art. 1 des Gesetzes vom 15. März 1919 (Reg.-Bl. S. 25) lautet:
An Stelle der Art. 12—14 des Gemeindeangehörigkeitsgesetzes vom 16. Juni 1885 treten folgende Bestimmungen:

1. Das Recht der Teilnahme an den Wahlen zu den Gemeindefunktionen und das Stimmrecht in sonstigen Gemeindeangelegenheiten steht allen württembergischen Staatsbürgern ohne Unterschied des Geschlechts zu, welche das 20. Lebensjahr vollendet und im Gemeinde- oder Teilgemeinbezirk ihren Wohnsitz haben. Zum Militärdienst eingezogene Personen sind an dem Ort ihrer militärischen Dienstleistung nur wahlberechtigt, wenn sie dort vor ihrer militärischen Einberufung ihren Wohnsitz gehabt haben.
2. Ist der Wahl- oder Stimmberechtigte nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte, ist er entmündigt, unter vorläufige Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflégenschaft gestellt, so ruht sein Wahl- oder Stimmrecht.
3. In den Gemeinderat können die nach vorstehenden Bestimmungen wahlberechtigten Personen gewählt werden welche das 25. Lebensjahr vollendet haben.

b) Art. 13 Abs. 2 der Gem. O. lautet:
Für das zur Wahlberechtigung erforderliche Lebensalter ist der Wahltag, für die übrigen die Wahlberechtigung bedingenden Eigenschaften der Zeitpunkt des enögaltigen Abschlusses der Wählerliste (Art. 14 Abs. 3) entscheidend.
III. Auflegung der Wählerliste und Recht der Wahlberechtigten zur Einsichtnahme und zur Einsprache gegen die Wählerliste.

Die Wählerliste ist vom Sonntag, den 4. Mai 1. J., an 2 Wochen lang, also bis (einschließl.) Samstag, den 17. Mai 1. J., je in den üblichen Geschäftsstunden, Sonntag von 9—12 Uhr vormittags auf dem Rathaus zur allgemeinen Einsicht aufgelegt.

Innerhalb dieser Frist sind die Wahlberechtigten befugt, gegen die aufgelegte Liste wegen Uebersetzung von Personen, welche in dieselbe aufzunehmen gewesen wären, oder wegen Aufnahme unberechtigter Personen mündlich oder schriftlich Einsprache zu erheben.

Calmbach, 3. Mai 1919. Schultzeiß Dörnte.

1) Die Auflegung der Wählerliste hat auch während eines Sonntags und bürgerlichen Feiertags in den für den wichtigsten Dienst üblichen Tagesstunden zu geschehen.
2) Für die bis zum 31. Mai 1919 vorzunehmenden Wahlen beträgt die Auflegungs- und Einsprachefrist zwei Wochen (Gem. O. Art. 14 Abs. 1), später nur noch eine Woche (Gem. O. Art. 14 Abs. 1).

Schleifer oder Hilfsarbeiter
zum Einlernen sucht
Friedr. Waldbauer,
Neuenbürg.

Prima Ferkel und Läufer Schweine
liefert zu billigsten Tagespreisen
Geflügelhof Ullm a. D.
Niederlage bei
Ernst Schner jr.,
Neuenbürg.

Ausgabe der Papiere zur 9. Kriegsanleihe.

Die Stücke über 100, 200 und 500 Mark sind eingetroffen und können von unseren Zeichnern gegen Ausweis in Empfang genommen werden. Auf Antrag nehmen wir die Papiere auch in Verwahrung und Verwaltung.

Oberamtsparkasse Neuenbürg.

Allgem. Ortskrankenkasse Neuenbürg.

Die Allg. Ortskrankenkasse Neuenbürg sucht für sofort einen

Kassenboten, Beitragseinzieher und Krankenbesucher.

Anfangsgehalt 1350 A nebst Teuerungszulage.

Neuenbürg, den 8. Mai 1919.

Der Vorsitzende des Vorstands:
Eugen Seeger.

Zu nächsten Tagen eintreffend:
**mehrere Wagon
Kainit-Düngesalz.**
Bestellungen sofort erbeten.
Telefon 70 Neuenbürg.
Telefon 13 Birkenfeld.
Pfannkuch & Co. G. m. b. H.

Herrenalb.

Kirchliche Versammlung

in der evang. Kirche zu Herrenalb

am Sonntag, den 11. Mai, nachmittags 3 Uhr.

Vortrag von Hrn. Zelon Uhl von Neuenbürg über:
„Kirchliche Gegenwartfragen“.

Hierzu werden die evang. Gemeindeglieder der Kirchspiele Herrenalb, Döbel und Boffenau im Hinblick auf die bevorstehende Wahl zur Landeskirchenversammlung herzlich eingeladen.

Der Kirchengemeinderat.

Herrenalb.

Sonntag, den 11. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr,

findet im

Hotel „Sonne“

eine

Wähler-Ausflärungs-Versammlung

statt. Alle wahlberechtigten Bürger, Männer und Frauen, sind dazu eingeladen.

Günderer ist:

Der Wahlvorlag Freie Vereinigung der Bürger und Kriegsteilnehmer.

Höfen a. Enz.

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Der Einwohnerschaft von hier und Umgebung zur gest. Kenntnis, daß ich die

Schmiederei

von Frau Witwe G. Kettler hier käuflich erworben habe und die Fuß- und Wagenschmiederei auf meine Rechnung betreibe.

Ich empfehle mich in allen in das Schmiedehandwerk einschlagenden Arbeiten, als Schmied- und Feldgeschirr aller Art, ferner in Arbeiten für das Baufach, wie Eisentraktionen, Anschläge, Einfriedigen von Grundstücken usw.

Durch aufmerksame, rasche und pünktliche Bedienung bei billigst gestellten Preisen werde ich bemüht sein, das Vertrauen meiner w. Kundschaft zu erwerben und bitte ich, mein Unternehmen durch regen Zuspruch zu unterstützen.

Hochachtungsvoll

Friedrich Dittus,

milit. geprüfter Fuß- und Wagenschmied.

Neuenbürg.



Läufer Schweine,

schöne, sind eingetroffen

Wagt beim Hirsch.

Uricil ** Heilmittel bei Rheuma und Gelenkschmerzen, Hexenschüßeln, Nervenschmerzen, Preis Mk. 2.70. Verkaufsstellen: Drogerie Dreilling, Schönbach, Neuenbürg. Anrede oder gegen Nachnahme von der Urm. Fabrik P. Phil. Schneider, Pforzheim, Wbl. 182.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Butter-Verkauf

am Freitag, den 9. Mai, 8 Uhr vorm. für Nr. 520 bis 625, 8 1/2 Uhr für Nr. 626 bis zum Schluß, 9 Uhr für Nr. 1 bis etwa Nr. 80.

Außerdem kommt anschließend für die Nr. 204 rückwärts bis etwa Nr. 165

Feintalg

zur Ausgabe.

Städt. Lebensmittelstelle
J. A. Rienzle.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Sämtliche Ziegenbesitzer werden ersucht, soweit dies noch nicht geschehen ist, umgehend ihre

Milchbezugscheine

abzugeben.

Städt. Lebensmittelstelle
J. A. Rienzle.

Neuenbürg.

Zu verkaufen ein mittelgroßer, schwarzer

Damen-Mantel

bei Bogt, Rathaus Tannenburg.

Für kleine Familie möglichst bald ein ordentliches

Mädchen

gesucht.

Frau Straßenmeister Baab,
Neuenbürg.

Solidcs, zuverlässiges

Mädchen

ge sucht

zu allen Zeiten in kleinen Haushalten.

J. Gonser, Calmbach.

Biefelsberg.

Habe 4 Stück

Schafe

zu verkaufen

Gottlieb Stahl
J. Adler.

Dauernd befriedigen

die seit

40 Jahren

bewährten

und

bevor-

zugten



Biesingers

Buch- und Dokumenten-Tinte u. Deutsche Reichs-Schreibtinte.

Leichtflüss. Eisengallos-Schreibtinten zu haben i. d. Schreibwarenhandlungen. Jos. Biesinger, Tintenfabrik, Stuttgart.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Tätige

Grabarbeiter

werden fortwährend f. dauernde Beschäftigung eingestellt.

Verpflegung am Plohe. Näheres auf der

Baustelle.

Neuenbürg.

2 bis 3

Zimmerleute

können sofort eintreten bei

Gebrüder Bischoff.

Suche zwei fleißige

Blagarbeiter

und einen tüchtigen, jüngeren

Säger,

derselbe muß mit einer Spaltgatter und Kreisäge vertraut sein.

Wilt. Birkle,
Birkenfeld.

Sucht Posten

in einer Klinik, Sanatorium, ev. auch als Privatschwefel bei einem Arzt.

Zu erfragen bei
G. H., Pforzheim,
Schulze-Delichstraße 46.

Milchschweine

Neuenbürg.
Etwa 5 Wochen alte, schöne

hat zu verkaufen

Frau Fig Witwe
J. Palmhof.

Ottenhausen.

Schöne Milchschweine

hat zu verkaufen

Bachteler, Postholz.

Obernhausen.

Ein sehr schönes, 5 Monate altes

Zuchtrind

und einen kleineren, sehr guten gebrauchten

Ferd

hat zu verkaufen

Wilt. Hiller, Schreiner.

Empfehle

Ia. Lederschuhriemen

zu Mk. 40.—, 60.—, 70.—
pro 100 Paar.

ff. Briefmappen

100 Stück je 5 Bogen und Hüllen Mk. 16.—.

Guhl,

Stuttgart, Falkstr. 46.